

Der Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Unserer müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pf. für die 6 gefaltete Zeitung. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 44

Sonnabend, den 2. November

1919

Unser 17. ordentlicher Verbandstag

wurde am 27. Oktober 1919 im Hotel zum Strelitz, Bremen, vom Verbandsvorsitzenden Deichmann eröffnet. Deichmann berichtete zunächst die anwesenden Delegierten, ganz besonders die in so staatlicher Zahl gewählten Ratsmitglieder und die drei Vertreter der dänischen Bruderschaftsleitung Nesten, Nielsen und Möller, und führte dann aus:

Sie sind zusammengetreten, um zu prüfen, ob alle Maßnahmen, die die Verbandsleitung seit dem Helsbergischen Verbandstage erlassen hat, dem Anteil der Tabakarbeiterchaft entsprechen haben und wie in Zukunft der Verband arbeiten und die Geschäfte geführt werden sollen. Antreten kann in großer Zahl vor. Ich hoffe und habe das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie in allen Fragen die richtigen Entscheidungen treffen.

Sie stehen auf historischem Boden. Die Bremer Tabakarbeiter haben von früh an erkannt, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist. An der ersten und auch in der zweiten Organisationsperiode haben sie an exakter Stelle gestanden; die dritte Periode wurde von Bremen eingezeichnet. Eine Reihe von Kollegen waren noch unter uns, die in hervorragendem Maße mitgewirkt haben. Ich nenne nur: W. Kühl, Steinbach, O. Mehnert, K. Kunze und W. Nieder-Westland. Wir danken Ihnen für Ihre Tat. Ihnen wollen wir noch danken. Ich hoffe, daß der Verbandsstag eine ordentliche, eure und erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Gesamtheit leisten wird. In diesem Sinne heiße ich Sie noch einmal herzlich willkommen.

Böhnenkamp (Bremen) heißt den Verbandstag im Namen der Bremer Mitgliedschaft herzlich willkommen. Schon Anfang der Wer-Ahre konnte der damalige Vorsitzende Deichmann auf die fast restlose Organisierung der Bremer Tabakarbeiter hinweisen. Auch sonst haben die Bremer Tabakarbeiter in allen Sphären ihre volle Blüte und Schuldigkeit getan. Mit dem Wunsche, daß der Verbandsstag erfolgreiche Arbeit leisten möge, heißt Redner den Verbandsstag noch einmal willkommen.

Hierauf will ich die Tagessitzung einmetzten. Es werden gewählt:

Vorsitzender: Deichmann (Bremen); Frau (Dresden) und Bauer (Hamburg)

Schriftführer: Frau Rittermann (Berlin); Kürme (Mittensdorf); Telmann (Eichstaett); Kümmerer (Großhauzen); Frau Wolf (Stettin) und Frau Thalott (Grafenhausen).

An die Statutenberatungskommission: Selbien (Hamburg); Bille (Nordhausen); Kiel (Ostholstein); Behmeyer (Ende); Bülle (Ronneburg); Rehder (Hohenheim); Schmidt (Neufreistadt); Frau Stolz (Dresden); Seibt (Görlitz); Bente (Berlin) und Blum (Kremmen).

An die Wahlprüfungskommission: Räder (Achim); Marks (Münden); Ritscher (Trossen); Mende (Vulpe); Mühlé (Mainz); Groß (Schönborn); Griesbaum (Emmendingen); Schneegans (Bamberg); Uebertanz (Breslau); Krause (Wittenberge) und Frau Richter (Dresden).

An die Betriebsverfassungskommission: Schulz (Gesa); Pechler (Münster); Voßmann (Delitzschhausen); Eß (Broterode); Voratz (Hameln); Dethmann (Döbeln) und Schnabel (Schönlanig).

Die Tagessitzung wird folgendermaßen bestimmt:

1. Konstituierung des Verbandstages;
2. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses;
3. Der internationale Tabakarbeiterkongress;
4. Die aktuelle Lohnpolitik des Verbandes;
5. Beratung und Beschlusssitzung über die zum Statut und Wahlrechtselement vorgesehenen Artikel;
6. Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und des Ratesystems;
7. Beratung konsticter Artikel;
8. Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses.

Die Geschäftssitzung des Verbandstages wird, wie vorab besprochen, beibehalten.

Als Referent wird zum 5. Punkt der Tagessitzung Münden (Bremen), als Korreferent Verhola (Leipzig) bestimmt.

Es wird in den 2. Punkt der Tagessitzung, Bericht des Vorstandes, einzu treten:

Deichmann (als Berichterstatter): Wie werden erfolgreicher tätig sein können, wenn wir stark organisiert sind und in größerer Solidarität zusammenhalten. Wenn es sich freilich bisher mir um die Solidarität gehandelt hätte, hätten wir schon viel erreicht, denn daran mangelt es uns nicht. Wir müssen entsprechende Beiträge leisten. Es stand früher mit unseren Mitteln nicht gut. Am Jahre 1914 hatten wir nur einen verläugneten Ruhmestand, wir hatten einen großen Kampf hinter uns. Es ist immer zu bedenken, wenn man unsere Erfolge betrachtet, mit welchen Mitteln wir sie erzielen mussten. Nachdrift des gesunkenen Geldwertes bedeuten unsere eine Million und 200.000 M. nicht viel. Beibehaltung unserer Mitgliederversammlung erleben wir in Beginn des Krieges, das sich gleich unfehlbar verschoben. Nicht steht es besser, da wir 60.000 bereits überdeckt haben, von denen etwa 45.000 weibliche Mitglieder sind, trotzdem steht die Zahl der Tabakarbeiter geringer als früher ist. Rechnet man dazu, daß das Organisationsverhältnis jetzt ein anderes ist. Zu Kriegsbeginn wurde durch den wirtschaftlichen Niedergang unser Verband hart getroffen, so daß die Unterstützungslosigkeit mehrere mussten. Redner gibt eine Übersicht über die angesichts der Notlage getroffenen Maßnahmen des Verbandes und Ausschusses. Von dem Augenblick an, da der Verband an Tabakwaren kam und die Heereslieferungen durch die neu eingerichtete Mindener Zentrale geregt waren, ging es wieder aufwärts und wir konnten unsere Unterstützungen hinausziehen. Der Mindener Zentrale und ihrer Leitung sind wir Dank schuldig, daß es ihr gelang einen Einfluss auf die Herstellung der Tabakwaren zu erlangen. Am Vorwürfen hat es dem Vorstand aus Polen keinen Kreis nicht gebracht. Gemeinkam haben die christliche und die Bildungs-Denkmalorganisation bei der Erteilung besserer Löhne mit uns an einem Strang gezogen. Was organisiert ist muss zusammengehören, um für die Tabakarbeiter zu wirken. Es ist uns dann auch gelungen, trotz der schlechten Verhältnisse laufend unsere Löhne zu erhöhen. Das ist nicht immer so einfach ge-

wesen. Redner gibt eine Übersicht über die Lohnbewegungen. Wir haben uns dann ebenfalls eine Erhöhung der Beiträge und eine Erhöhung der Unterstützung zu konzentrieren. Eine darüber vorgenommene Erhaltungserklärung ergab für die Vorsitzende ein sehr gutes Resultat. Mit seinen kleinen Mitteln hat der Verband wahrschauend viel geleistet. Redner gibt eine Übersicht über die Entwicklung der Kassenverhältnisse und der für die einzelnen Verbandsaufgaben ausreichenden Gelber. Die Unterstützungen entbrachten gewiss nicht immer den Verhältnissen, aber es ist alles aufzubauen worden, das die Mittel der Gewerkschaftsvereine auch für die Tabakarbeiter nutzbar sollten; es ist dementsprechend erzielt, aber nicht überall haben die Kollegen in den Gemeinden in dem nötigen Maße gewirkt. Es ist vielfach die Unterstützung unzureichend gewesen. Dann griff die Mindener Zentrale ein, indem sie sechs Millionen zur Verfügung stellte. Man durfte hoffen, daß diese Mittel eine aktuelle Rettung auf die Gemeinden ausübte, vollkommen ist die Unterstützung trotzdem nicht durchgeführt worden. Man kann nicht davon reden, daß von Verbands wegen nicht genau getan worden ist. Die oft angekündigte Bekanntmachung der Verbandsleitung, daß wer aus öffentlichen Mitteln mit % seines sonst verdienten Lohnes unterstützt wurde, keine Verbandsunterstützung erhielt, war gerechtfertigt. leider ist die Bekanntmachung nicht selten falsch ausgedeutet worden. Wir muteten dafür sorgsam, daß wir auch darin, wenn einmal die Gewerkschaftsvereine autorisierte noch Geld zur weiteren Unterstützung beisteuerten. Zur Krise der Tabakarbeiterung ist außerdem, daß wir uns gegen eine Besteuerung bis 1916 aus politischen Gründen gewehrt haben. Die Tabakbesteuerung stellt eine Verteilung der Kapitalen dar. Um sich bedenken zu lassen, ob weitere Steuerung eine Verteilung der Kapitalen, Rücklauf des Verbrauchs und Entlastung von Arbeitern. Aber wir haben gesehen, daß sicher vor jeder neuen Steuererhöhung eine starke Überarbeit erfolgt, so daß dann Entlastungen erfolgen müssten. Eine derartige Tatsache ist leicht ausgeschlossen. (Wissenswert: Das Prinzip!) Unser Programm ist nicht verletzt. Die Besteuerung ist im Verhältnis zu den Bucherbriefen gering. Ist es Aufgabe der Tabakarbeiter, den Kampf gegen die Steuer zu führen? Es ist eine politische Aufgabe. Wer hat denn den Kampf gegen die Steuer aufzunehmen? An allen Arbeitervierteln hat sich gezeigt, daß man die Dinge anders als früher betrachtet. Gleichzeitig der besseren Erfahrung richten man seine Handlungen ein. Der deutschen Tabakindustrie, Arbeitern und Unternehmern, war es klar, daß eine Tabaksteuer nicht zu umgehen war. Da schien es uns notwendig, bestimmt auf die Art der Besteuerung einzutreten. Es verhält sich für uns nun mehr darum, eine mehr sozialere Steuer herbeizuführen, und da entschieden wir uns für die Banderolessteuer. Es ist bedauerlich, daß sich jetzt Tabakarbeiter vor den Wagen jener Roburanten bewegen lassen, die in wucherlicher Weise mit der Banderoles auftreten sind. (Autuk: Bei der Zigarette wird auch genutzt!) Gerade, aber wenn einmal einsetzend Tabak da ist, ist die Banderoles ein wirksames Kontrollmittel für die Preisbildung. Gerechter ist die Steuer, wie sie früher war, zumal die Werksteuer, die eine ungerechte Belastung bedeutete, gelassen ist; gerade die Verbraucher sind dadurch eher geschützt. Außerordentlich ist auch, daß ein erheblicher Schuß für Fertigfabrikate eingesetzt ist, um die Tabakarbeiter zu schützen vor der ausländischen Konkurrenz. Solange der Zoll in Gold gehalten werden muß, ist eine Gemäßigung des Nationalsozialismus bedacht. Auch ist die Unterstützung der durch die Besteuerung brocken Tabakarbeiter erwirkt und gegen früher verbessert worden. Schon früher haben wir Febranten gesehen, doch, wenn man die Steuer erhöhte, dann mußte man auch an die Preisfestsetzung denken, worauf ich erwiderte, daß dementsprechend auch die Löhne festgestellt seien; man sah mir: Das liegt an den Tabakarbeitern. Ich bin dafür einzutreten, daß, wenn es sein muß, dann möglichst bald die Steuer kommen muß, denn sie muß da sein, wenn der Wiederaufbau beginnt, da sie sonst unzulässig wird. Nutzen Sie, ob der Vorstand seine Schuldigkeit getan hat. Wenn Sie gegen mein wollen, ist mir vor der Kritik nicht danach. (Arno!) Der Hauptkassierer W. Nieder-Westland gibt eine ausführliche Darstellung der Kassenverhältnisse des Verbandes.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Schöne (Hamburg), bemerkte, daß bis zum Ausbruch des Krieges wenig Verluste gegen den Vorstand vorgelagen, die in aufredestellender Weise erledigt werden konnten. Das änderte sich nach Ausbruch des Krieges und schwieren Heraus bringt den Ausschluß mancher Maßnahmen auslösen müssen, weil die Verhältnisse es bedingen. Das Scheiden Norddeutschland hat wohl allgemeines Bedauern herverursachen, da die Radsaktion in vorbildlicher Weise von ihm aufgeführt wurde. Die Radsaktion war eine gute und die Radsaktion der Gesetz sicher. Der Ausschluß deutet Entlastung des Kassierers.

Nachmittagssitzung.

Kollegin Neffen (Mövenhausen) berichtet im Namen der dänischen Tabakarbeiterchaft den Verbandstag. Wir haben Ihre Einladung gern angenommen, um zu beweisen, daß wir keinen Haß gegen unsere deutschen Brüder haben. Die dänischen Ratsmitglieder haben ebenso wie die deutschen die Gewerkschaftsleitung ausgewählt. Durchgezogene Maßnahmen hinderten die Regierung ein übermäßiges Steuern der Kreise. Dann kam die Blockade, die eine ankerordentliche Arbeitslosigkeit hervorrief. Durch Unterstützungen wurde das schlimmste Ende verhindert. Auch in Bremen wurde der Sozialismus und das Befreiung unserer Vertreter war, die Steuer möglichst demokratisch durchzuführen. Die bisher getrennten Organisationen marschierten jetzt zusammen. Nochmals unseren besten Dank. Kollegin Möller (Mövenhausen) überreicht die Ausführungen.

Der Vorsitzende Frau (Dresden) dankt für die Bekanntmachung des Verbandstages.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht eröffnet

Berghold (Leipzig): Noch nie haben wir einen derartigen wichtigen Verbandstage gehabt. Dunkel schlägt den Mitteldörfern, die Kleinbetriebe geplagt haben. Die Arbeitslosenrate der Tabakarbeiter hat auch die Radsaktionen seit gestoppt. Das Verbandsamt hat vollständig verloren, weil die arbeitsfähige Kasse weggegangen. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Mitteldörfer in handelspolitische Lager getrieben werden sollen, muß mit der Kontrollkasse der Kriegsabsatz gebrochen und der Kampfcharakter der Organisation wiederhergestellt werden.

grundsätzlich festgestellt werden. Der internationale Charakter der Tabakarbeiter hätte verlangt, daß Deichmann gegen die Gewerkschaft bestimmt hätte.

Kiel (Bremen), bemerkte, daß Deichmann es meistens verstanden hat, sich und den Vorstand rechtfertigen. Krüger hat Deichmann zu der Tabaksteuer einen anderen Standpunkt eingenommen. Das Loh der Mindener Zentrale war verfehlt. Worum werden die 44 Millionen nicht den notleidenden Tabakarbeiter am Verfügbaren selbst? Den Christen müssen wir unter allen Umständen den Kampf anlaufen, denn ihre Tätigkeit steht nicht im Interesse der Tabakarbeiter. Alle Industrie Steuer, also auch die Tabakarbeiter, müssen wir gründlich ablehnen. Das Ende der Tertiuskrisen müssen wir bestmöglich verstehen, weil gerade dadurch die großen Unterschiede nicht gemindert sondern verschärft werden.

Kohlmann (Trebbin): Kollegin Deichmann hat umgelernt. Warum ist er in den Vorstandskontinent nicht gegen die Politik der Generalversammlung aufgestanden? Man muß der Opposition das Recht geben, zu Worte zu kommen. Nicht die Kollegen, sondern der Preis ist schuld, wenn es nicht vorwärts geht; man hätte mehr Klarheit schaffen müssen. Das Ende der Tabakarbeiter ist noch Deichmann hat als Politiker große Fehler gemacht; er brachte nicht die Banderolessteuer, selbst als das kleine Nebel gedacht, nicht einstreiten.

Baumann (Werdau): Ohne Kiel keinen Fortschritt. Es wird niemand den Vorstand belägen wegen der Kürzung der Unterstützung zu Beginn des Krieges. Das aber den Freiern von Staatsunterstützung keine Verbandsunterstützung genehmigt wird, hat Konsolidierung erzeugt. Auch die Tabaksteuer hätten unsere Kollegen bestimmt.

Schlüter (Herford): „Als Anwohner“ das Wort nehmen. Die Anwohner kennen nicht, Anwohner sollten sich erst über die Sache informieren. Deichmann hat keine Tätigkeit im Interesse der Tabakarbeiter ausgetüft. Ohne die Tätigkeit unserer Kollegen in der Nationalversammlung wäre die Steuer in einer für die Arbeitnehmer wünschlichen Form geschlossen worden. Alle Parteien wollten die Summen aus dem Tabak bewilligen, auch die U. S. S. durch die Monopolistinnen. Diese haben von unten Berufsunfähigkeiten nicht in die Kommission eingeschickt.

Blakemore (Osnabrück): Heute ist die Zeit gegeben, die Höhe der Tabakarbeiter mit denen anderer Arbeitnehmer gleichzustellen. Deichmann hat früher gesagt, wer die Tabakarbeiter am Nationalversammlung nicht vertreten, die Steuer in einer für die Arbeitnehmer wünschlichen Form geschlossen worden. Alle Parteien wollten die Summen aus dem Tabak bewilligen, auch die U. S. S. durch die Monopolistinnen. Diese haben von unten Berufsunfähigkeiten nicht in die Kommission eingeschickt.

Verholz (Leipzig): Der Krieg hat die Arbeiter vor den Toren des Imperialismus positioniert. So ein Verlobung für Kapital und Freiheit. Unsere Lohnpolitik ist ein Kontrast zwischen Kapital und Arbeit. Unter Verbandsform ist hervorragend imponen. So war die Kürzung über die Kravatzensteuer für die Parlamentsberichte war Platz vorhanden, die Radsatzung wurde neuerlich geschändet. Kollegin Genet hat keine Pläne getan. Weil wir den Charakter der Revolution nicht zur Tat werden ließen und statt dessen die Banderolessteuer annehmen, haben wir einen schweren Fehler gemacht. Die Sozialisierung ist nicht ehrlich verlaufen, sondern es ist der Krieg, der die Radsatzung verhindert. Wenn Schlüter ein Loh der Radsatzung einstreicht, so mündet es mich. Der „Tabak-Arbeiter“ hat nicht genug für das Radsystem geschrieben. Wir müssen mehr auf die Schulung durch Banderedner bedacht sein.

Armburst (Berlin): Der Vorstand darf seine Politik nicht mitgekreuzt haben. Die Lohnersatzes haben keinen Ausgleich gebracht. Der Vorstand war festgestellt durch den Kriegsbrief und konnte nicht antworten, wie es notwendig war. Ich befürchte nicht, daß die Kürzung der Tabaksteuer nur Aufgabe der politischen Parteien sei. Zum Anführen der Radsatzungen in den Radsatzungsschriften zu diskutieren, durfte der Vorstand nicht stimmen, wir erheben Protest dagegen.

Höberlein (Würzburg): Trotz der Schwierigkeiten hätte es keine des Vorstandes sein müssen mehr an die gewerkschaftlichen Taten zu denken. In der Leistungshilfe hatte schon 1915 mehr gebracht werden sollen. Unsere Arbeiter hatten 1915 keine Zeit, an die Radsatzungen heranzutreten. Es hätten statt der Radsatzungen die Erhöhung der Grundlöhne gefordert werden müssen. Ich befürchte nicht, daß Gaulster noch Zeit haben, in der Nationalversammlung zu sitzen. Der Vorsitzende darf keinen anderen Platz suchen. Die Süddeutschen müssen mit den Norddeutschen gleichzustellen werden. Unsere Gaulster können nicht überall hinzukommen. In Süddeutschland erst recht nicht.

Kohlmann (Mindens): Der Vorstand darf seine Politik nicht mitgekreuzt haben. Die Lohnersatzes haben keinen Ausgleich gebracht. Der Vorstand war festgestellt durch den Kriegsbrief und konnte nicht antworten, wie es notwendig war. Ich befürchte nicht, daß die Kürzung der Tabaksteuer nur Aufgabe der politischen Parteien sei. Zum Anführen der Radsatzungen in den Radsatzungsschriften zu diskutieren, durfte der Vorstand nicht stimmen, wir erheben Protest dagegen.

Herrmann (Lübeck): Unsere Lage ist eine Folge des Krieges. Mit 30—40 % können die Tabakarbeiter nicht auskommen. Es wäre besser gewesen, wenn die besten Kräfte nicht einzutreten geworden wären. Der Vorstand darf die Radsatzungen mit den Mitteldörfern nicht verlieren. Die Einigkeit darf nicht in die Radsatzung gehen. Die Freien müssen mit den Radsatzungen nicht verfehlt werden. Der Tabaksteuer hat man sich auch lassen lassen. Wir müssen protestieren, ob der Vorstand seine Pflicht getan hat.

Herrmann (Lübeck): Höre ich den Sturm heute brauchen und am Schlüsse den Wind läuteln. Ich darf ich annehmen, daß alle das Beste gewollt haben. Ich glaube, daß es sich um ein Ziel um einen sozialen Konsens handelt, das durch die Politik des Krieges zu erreichen ist. Wir haben uns als Menschen zu achten; wir haben nach größere Löhne zu holen. (Bravo!) Ich kann und mag die Radsatzungen nicht hören, daß alles nur Verrat sein soll. Ich kann hier als Mann der Freiheit. Es gehört nicht daran, daß wir uns gegen die Radsatzungen schreiben. (Bravo!)

Schlüter (Herford): Die Volksatz hat uns auch in der Tabakindustrie vor den Gewerkschaften verteidigt. Die Radsatzungen haben ebenso wie die Gewerkschaften verteidigt. Die Radsatzungen unter 2.83 M werden wir kaum so schnell erreichen. Wir haben gearbeitet und getan, was wir konnten, um die Radsatzungen zu stellen zu bringen. Wir müssen das tun, was man mit der Radsatzung die eine gewisse Preiskontrolle bedeutet, dem Widerstand zu widerstehen kann. Dann können auch die Löhne dem Kleinverkaufspreis angehoben werden.

Deichmann (Vorstandsvorsitzender): Ich habe gar nicht an den Kollegen Geyer gedacht, ich habe von einem Heinrich gehört. Ich habe nicht darum Verbandsleiter zu sein. Habe ich meine Schuldigkeit nicht getan, so siehe man ruhig einen Strich. Wählen Sie einen brauchbaren Leiter! Wählen Sie mich aber wieder. So werde ich alles tun, um den Tabarbeiter weiter zu unterstützen. Nehmen Sie Kritik, aber sachlich und gerecht! Es schien, als ob die Stellungnahme des Vorstandes zur Vollsitzung eine Billigungnummierung werden sollte. Ich will nicht vortragen, was uns zu dem Beschluss bewog, es waren hauptsächlich Dinge, wenn man an alles denkt, was vorausgegangen ist.

Fuchs (Hamburg): Keines ist gelungen, aber gerecht muss man sein und die Motive der Vorstandshandlungen untersuchen. Natürlich kann die falsche Mittelschicht und die Massenverhältnisse, so ließ sich vielleicht nicht mehr tun. Natürlich müssen wir aufklären und schulen. Wir müssen einheitlich den Kampf führen, wollen die Bevölkerung unserer Angestellten nun besser werden. Auch die Abgeordneten schwimmen nicht im Golde. Wir wollen keine Konservativen, sondern die Einheitspartei gegen das Kapital.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt.

Krahn (Dresden): Die alte Lohnbewe rungsleitung ist erst seit der Revolution, früher lag es dort traurig aus. Die Versammlungen waren volkstümliche Tummelplätze, die Fabrikanten traten aus. Als man dort streikte und die Fabrikanten ein Machtkampf brachen, ließen die Kollegen in Scharen in die Betriebe. Unsere Kollegen in den Lohnpolstern nicht hinter dem Vorstand gestanden. Durch das Hilfsdienstgesetz ist es uns vielleicht möglich geworden, unsere Lohnforderungen im einzelnen zu stützen. Gerade in der Dresdner Zigarettenindustrie ist bewiesen, dass und das Hilfsdienstgesetz nicht bürgerlich gewesen ist. Denn, die das Gesetz nicht zu denken verstanden, sind zurückgeblieben. In Leipzig wollte man sich mit drakonischen Arbeit bestrafen. Wir sind im übrigen Sachsen schon vor der Revolution vorwärts gekommen.

Gehmeier (Gera): Die Polstil der Regierung war vor dem Krieg bereit, jetzt ist sie es nicht mehr. Jetzt gibt es aufzubauen. Von diesem Gesichtspunkt lasse ich auch das Verhalten in der Steuerfrage auf. In den Städten waren nur noch Trümmer da. Jetzt ist es zweckmäßig, dass der Vorstand mit der zentralen Lohnpolitik eintritt. Jetzt kommen wir wenigstens überall vorwärts. Bei dem heutigen Stand der Organisation ist die Krise wohl bestrebt, ob wir noch ferner die Unorganisierten an unseren Erfolgen teilnehmen lassen.

Grohne (Vorstand): Durch das Hilfsdienstgesetz ist es

zweckmäßig, dass der Vorstand mit der zentralen Lohnpolitik eintritt. Jetzt kommen wir wenigstens überall vorwärts. Bei dem heutigen Stand der Organisation ist die Krise wohl bestrebt, ob wir noch ferner die Unorganisierten an unseren Erfolgen teilnehmen lassen.

Dienstag, den 28. Oktober.

Bormittagssitzung

Der Vorsitzende Lanne berichtet den als Guest erschienenen Kollegen Eichelsheimer (Holland)

Eichelsheimer (Holland): Von Deichmann überzeugt, bestätigt die deutschen Kollegen im Namen der holländischen. Der Solidaritätsbund der deutschen Tabarbeiter reicht auch über die Grenzen hinaus. Obwohl die Krise der deutschen Tabarbeiter wäre der Krise des holländischen verloren gegangen. Durch den Weltkrieg, ein Werk des Kapitalismus, hat die Tabarbeiterlichkeit in Holland schwer leiden müssen. Heute waren von 22 000 Arbeitnehmern 17 000 arbeitslos. Trotz dieser Schwierigkeiten wurde die Krise der Tabarbeiter verschärft. Das Verteilungskomitee aller Länder wird zusammenkommen unter den Sozialistern. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über den Geschäftsbereicht wird fortgesetzt.

Rösenthal (Berlin): Wir kritisieren, um zu kräften. Deichmann hat vielfach nicht gefehlt. Die Einberufung des Vorstandes vor ein Berichterstattungsrecht, 6 Jahre waren die Mitglieder ohne einen Tätigkeitsbericht. Die Protokolle der Tabarbeiterkonferenz beweisen, dass wir unbedingt einer jeden Tabarbeiter sind. Gegen die Ausführungen einer Premer Zeitung, die von früheren Gefangen geschrieben hat, muss Einwand erhoben werden. Der Tabarbeiter ist nachdem er von Leipzig nach Bremen verlegt wurde, durch besten aus schlechtesten Gewerkschaftszeitung "Zentrale" ausgetragen. Gegen das Voreilen des Vorstandes in der Vollsitzung muss protestiert werden. Wer hat Deichmann Erfüllter und Endgültiges gegeben, die Voraussetzung zu bemühen?

Clement (Bremen): Die Tabarbeiter haben während des Krieges die Führungsrolle mit dem Vorstand. Die Abmachungen werden jetzt durchgeführt. Die schlechte Lage der Tabarbeiter erklärt die Führungsrolle, es darf aber nicht dem Vorstand die Schuld übergeben werden, sondern die Tabarbeiter müssen sich mehr um ihre Organisation kümmern. Ein einer Gewerkschaft des Vorstandes ist nichts neuerlich, wohl aber haben die unorganisierten Tabarbeiter vermehrt.

Reichowicki (Dahme): Sämtliche Abteilungen der Riebergerstadt sind mit der Tätigkeit des Vorstandes nicht zufrieden. Durch die Einberufung der hessischen Kollegen zum Berichterstattungsrecht die Tätigkeit in den Abteilungen zu leiten. Durch das Hilfsdienstgesetz wurden die Kollegen einschließlich. Die Abteilungen befinden sich nun nicht mehr um ihre Organisation kümmern. Ein einer Gewerkschaft des Vorstandes ist nichts neuerlich, wohl aber haben die unorganisierten Tabarbeiter vermehrt.

Kienzle (Freiburg): Wir führen in Untersuchung. Stets hat gestellt gewollt zu haben. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft war immer bestanden. Die Nebenrolle der Riebergerstadt ist unter der Gewerkschaft eine Rolle für die Tabarbeiter zu öffnen. Die Riebergerstadt ist in voller Uniform erfüllt. Tel dem ehemaligen Raum, dass es nicht möglich in letzter Zeit viele sozialistische Artikel zu bringen, zum anderen Redaktionen der Rieberger Stadtzeitung soll kein sozialistischer Inhalt ein sozialistisches Leben sein. Für die Tabarbeiter war es normal, zusammenzuarbeiten, um die Kollegen zu unterstützen. Aus diesen Gründen der Artikel "Das soziale Mehl". Der Tabarbeiter durfte zu seinem Sozialistengattung werden.

Der Vorsitzende berichtet den Vertretern des Gewerkschaftsrates den Genossen Cobben (Berlin).

Walter (Schleswig-Holstein): Da der Steuerfrage keinen tieferen Sinn als früher. Durch die Uneinheit der Arbeiterschaft kann mit Sicherheit nicht die Mehrheit im Parlament für den Sozialstaat eintreten. Der Vorstand und die Vertreter in Bremenskanzlei verfeindet. Wer darf die Abteilungen nicht an nichts helfen, da die Gewerkschaften nicht eintreten. Wir müssen den Arbeitern das Bild der Einigkeit bieten.

Schmitt (Merkleinstettin): Ein Erfolgsausschuss führt mir mit der Gewerkschaft des Vorstandes zusammen, um die Tabarbeiter einzutragen, da sie eine gewisse Erfahrung der Krise der Tabarbeiter erbracht hat. Es müsste mehr Kollegen nach Südwürttemberg mitsamt werden. An der Steuerfrage müssen wir uns der Zeit annehmen.

Berndt (Leipzig): Weiß zunächst, dass man ihm keine Auskunft zum Vorwurf mache. Der Beitrag für den Bund für

Kreis und Vaterland durfte nicht geleistet werden. Die Stellung des Vorstandes in der Vollsitzung wird uns von den Fabrikanten um die Ohren schlagen. Die Anklage gegen den "Tabar-Arbeiter" und nicht entrichtet. Auch in Leipzig ist auf Bewahrung unserer Angestellten nun besser werden. Auch die Abgeordneten schwimmen nicht im Golde. Wir wollen keine Konservativen, sondern die Einheitspartei gegen das Kapital.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird abgelehnt.

Fuchs (Hamburg): Keines ist gelungen, aber gerecht muss man sein und die Motive der Vorstandshandlungen untersuchen. Natürlich müssen die falsche Mittelschicht und die Massenverhältnisse, so ließ sich vielleicht nicht mehr tun. Natürlich müssen wir aufklären und schulen. Wir müssen einheitlich den Kampf führen, wollen die Bevölkerung unserer Angestellten eintreten. Wenn die Steuer lösbar gemacht werden könnte, hätten wir es getan. Medner geht in englischer Weise auf die Vorwürfe bei der Tabarbeiterkammer ein. Kollegen Bernholz meinten, dass wir die Abteilung mit den Kollegen verloren hätten; ich habe diesen Vorwurf nicht erwartet. Wir haben seit Freitagabend 8 Lohnbewe rungsmitglieder eingetragen und 7 erfolgt durch durchgeführt, hoffen es auch bei der nächsten zu können. Aber man muss, wenn man hemmend ist, doch auch bedenken, wie das Organisationsverhältnis und die Verhältnisse in der Industrie waren. Wir könnten angesichts der Tatsachen nicht so handeln, wie es mancher Brauchlosigkeit wohl wünschte. Wir müssen uns von den alten Gewerkschaftsstrukturen abwenden, haben wurde uns nicht, auch es ist bei uns mit der höheren Kombination niemals treiben aus. Unsere Erfolge waren nicht sehr ermutigend. Sicher haben wir viel für die Ausbreitung des Sozialismus getan, aber in bezug auf Gewerkschaftsinstanz ist es viel zu mühsam. Das Hilfsdienstgesetz hat uns in seiner Weise gehindert. Lohnbewe rungsmitglieder zu machen. Wenn wir hier und da abtreten haben, so aus dem Grunde, die Verbstörung zu verhindern. Wir wollen die Lohnpolitik auf eine allgemeine Grundlage stellen. Kollegen Blaumeyer erwähnte ich, dass es Handel gibt, die verhindern wollen, das dem Wucher und Schleichhandel entgegenzu treten wird. Das Verhältnis des Handelsgewinnes zum Herstellergewinn und dem Lohn ist oft ungünstig, doch es droht der Niedergang bedroht. In Bezug auf Sozialisierung muss man doch Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nehmen. Die Entwicklung muss doch zunächst bei den Großbetrieben ankommen sein. Eine solche Entwicklung haben wir in der Riegerindustrie noch nicht; hier herrscht der Kleinbetrieb. Hätten wir für Sozialisierung oder Monopolisierung gewirkt, so hätten wir zunächst nicht nach den Interessen der Tabarbeiter gehandelt. Dagegen haben wir die Entwicklung zum Großbetrieb zu fördern, um dann vorwärts zu kommen. Freilich bedeuten die Sozialisierung nicht, dass nur jene, die gerade in den einzelnen Betrieben sind, den einzigen Vorteil haben. In einzelnen Sparten der Tabarbeiterkammer ist es ja einfacher, aber soll mir ein Beispiel in Kraatz kommen, so möchte ich doch legen, dass es andere entwickeltere Berufe gibt. Auch der Staat kann über eine gewisse Grenze in der Entwicklung nicht hinaus. Durch die Verteile wird das Marktwesentum gefördert, deshalb sind die kleinen Unternehmen gegen sie; sie fürchten die stärkere Konkurrenz der Großen. Wenn aber die Entwicklung in der angesprochenen Richtung eziehen ist, dann ziehen wir sicher in der Sozialisierung alle an einem Strang. Bei aller weiteren Entwicklung müssen wir aber für angemessene Löhne sorgen. Deshalb beginnen zum Ausbau und Ausbau der Organisation! (Bravo!)

Krahn (Dresden): Die alte Lohnbewe rungsleitung ist erst seit der Revolution, früher lag es dort traurig aus. Die Versammlungen waren volkstümliche Tummelplätze, die Mittelschicht trat aus. Als man dort streikte und die Fabrikanten ein Machtkampf brachen, ließen die Kollegen in Scharen in die Betriebe. Unsere Kollegen in den Lohnpolstern nicht hinter dem Vorstand gestanden. Durch das Hilfsdienstgesetz ist es uns vielleicht möglich geworden, unsere Lohnforderungen im einzelnen zu stützen. Gerade in der Dresdner Zigarettenindustrie ist bewiesen, dass und das Hilfsdienstgesetz nicht bürgerlich gewesen ist. Denn, die das Gesetz nicht zu denken verstanden, sind zurückgeblieben. In Leipzig wollte man sich mit drakonischen Arbeit bestrafen. Wir sind im übrigen Sachsen schon vor der Revolution vorwärts gekommen.

Gehmeier (Gera): Die Polstil der Regierung war vor dem Krieg bereit, jetzt ist sie es nicht mehr. Jetzt gibt es aufzubauen. Von diesem Gesichtspunkt lasse ich auch das Verhalten in der Steuerfrage auf. In den Städten waren nur noch Trümmer da. Jetzt ist es zweckmäßig, dass der Vorstand mit der zentralen Lohnpolitik eintritt. Jetzt kommen wir wenigstens überall vorwärts. Bei dem heutigen Stand der Organisation ist die Krise wohl bestrebt, ob wir noch ferner die Unorganisierten an unseren Erfolgen teilnehmen lassen.

Grohne (Vorstand): Durch das Hilfsdienstgesetz ist es

zweckmäßig, dass der Vorstand mit der zentralen Lohnpolitik eintritt. Jetzt kommen wir wenigstens überall vorwärts. Bei dem heutigen Stand der Organisation ist die Krise wohl bestrebt, ob wir noch ferner die Unorganisierten an unseren Erfolgen teilnehmen lassen.

Dienstag, den 28. Oktober.

Von der Frankfurter): Beider und die Tabarbeiter noch nicht alle organisiert, da noch viele außerordentlich außerhalb der Industrie leben. Wir müssen uns davor schützen, dass Sozialunbestrebungen in der Tabarbeiterkammer Europa finden.

Wohl (Frankfurt-Main): Die bisherigen Debatten haben bewiesen, dass die Bevölkerung gegen den Vorstand unzureichend sind. Unter den gegebenen Umständen können wir auf die Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen nicht verzichten. Die Versammlungsberichte haben im "Tabar-Arbeiter" viel Platz eingenommen. An deren Stelle sollten mehr aussprechende Artikel erscheinen, über gewerkschaftliche Fragen.

Pechler (München): Unsere Aufgabe muss es sein, Zukunftsarbeiten zu leisten. Es ist bisher vernachlässigt worden, die Mitarbeiter einzuschließen. Wir dürfen in den Steuerfragen keine Kompromisse abschließen. Auch von dem Unternehmensrat wird Sabotage am Wirtschaftsleben gefordert. In Zukunft muss die Lohnpolitik auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Es besteht die Gefahr, dass die Unternehmer die Mindestlöhne im Reichssturm als Abschlagslöhne betrachten. Die Vollsitzung muss bestätigt werden. Aufschlussreiche Artikel besonders über die Steuerfrage, müssen im "Tabar-Arbeiter" erscheinen. Wir müssen in Zukunft große Wirtschaftssünden führen. Bisher wurden die Lohnfragen zu leichtsinnig behandelt.

Domeyer (Dresden): In der Steuerfrage haben wir keine Urtheile unserer früheren Politik in der Tabarbeiterkamme fortzuführen. Wir dürfen nicht nur protestieren, sondern müssen die Steuerrechtsfrage in unserem Sinne gestalten. Auch unter dem Hilfsdienstgesetz konnte erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden, wenn nur der nötige Willen vorhanden war. Wenn die Lohnpolitik nicht zur Aufrechterhaltung ausgestellt ist, so ist die Schuld an den Tabararbeitern. Die Vollsitzung kann nicht aufrechterhalten werden. Alle Kräfte müssen einem Rieke zugeschlagen werden.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird angenommen.

Nachmittagssitzung

Menke (Minden) beantragt im Namen der Wahlvorschlagskommission, alle Mandate für Münster zu erläutern.

Anwesend sind: 110 Delegierte, davon 26 weibliche, außerdem 10 Gauleiter, 5 Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende des Ausschusses

Alle Mandate werden für Münster erläutert.

Deichmann (Schlußwort zum Vorstandsbericht): Wer ein Mittrauenvotum erhält, kann den Verband nicht mehr vertreten. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass es zwei Wege gibt, entweder man schlägt sich durch oder man betont. Sündenabschaffung zu haben. Neumühlige Bekennner haben ja oft eine milde Beurteilung erfahren. Aber ich habe den Willen für richtig gehalten, stets meine Sünden zu bekennen. Nach der Debatte von heute zu schließen, lasse ich das, man gerecht urteilen und anerkennen wird, dass der Vorstand gegen hat, was möglich war. Was der Streit um die Wirtschaftshilfe, den Kollegen Wekaer angeschritten hat, betrifft, so ist mir von einer staatlichen Beihilfe nichts bekannt. Über einer Zusammenkunft mit den Unternehmern und Vertretern der Reeder ist eine Wirtschaftshilfe vereinbart worden. Sie sollte in einer Zusammenkunft mit einer Wirtschaftshilfe vereinbart werden: sie sollte in einer Abreise der Fabrikanten bestehen, doch war keine Zustimmung darüber auf die Erholung einer allgemeinen Entschädigungsumme beschränkt. So ist darauf hinzuweisen, dass in einer Beauftragung der Münsterer Zentrale der Vertrag von 6 Millionen für Verhöhung festgestellt wurde unter der Voraussetzung, dass Beiträge von den Fabrikanten für die Tabarbeiter nicht erhoben werden sollten. Es ist nicht der Fall, das die Berliner Gewerkschaften ebenfalls werden ist, weil die Vollzählung der Steuer damit bestätigt werden sollte. Das der "Tabar-Arbeiter" nach Bremen kommt, ist im Interesse der Tabarbeiterbewegung dringend nötig. Das hat die Kollegen Gehringer auch eingeschaut und zugestimmt. Die Leidende haben sich einmal gegen Artikel des Draufs beschwert, sie hätten aber erleben können, dass die Kräfte von einem Kollegen verehrt werden, die die Löhne eigentlich schützen wollen. Die Münsterer Zentrale hat uns manche Dienste geleistet, sie hat in der Gewerkschaftsleitung Ordnung gehalten. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter in Kassel und anderen Orten anstrebt, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit der christlichen und Kirch-Dunkerischen Organisation zusammenzuarbeiten, obwohl wir bei der Bewältigung von Mitgliedern hier und da zusammenstoßen. Um überzeugen zu können: wenn es die anderen Organisationen können, so ist das gut, dann ist es besser, als wenn die Kollegen überhaupt nicht organisiert sind. Was die Zonen der Tabarbeiter ist, ist nicht so wichtig, ob sie noch weiter sind. Hinreichlich der Tabarbeiter ist zu sagen, dass auch Gewerkschaften eine Fortentwicklung des Tabarats fördern, und der Verbraucher fragt nicht durch was die Fortentwicklung erreicht wird. Wenn wir unsere zentrale Lohnpolitik weiter betreiben wollen, wäre es unvermeidlich, nicht mit

Rathausleiter Schönlau: „Für das befehlte Gebiet ist ein Beitragsfeste anzustellen.“

Rathausleiter Schönlau: „Der Verbandstag wolle bestimmen den Vorstand zu konstruieren, bei der Neuerung vorstehend zu werden und dadurch zu wirken, daß die Deutsche Renteirental für Steuerabrechnungen von Tabakfabrikaten (Sitz Hannover) so schnell wie möglich aufgestellt wird und der vorhandene Vermögensbestand derselben nur für die Tabakarbeiter verhindert werden darf. (Erziehung von Selbstkosten usw.)“

Rathausleiter Schönlau: „Die vom Vorstand eingesetzten und abgeschlossenen holden Ruhm beweisen dieses Jahre sind nicht ausreichend zur Aufrechterhaltung der Mitglieder auszufallen. Trotzdem ist und Tabakarbeiter die amtsleitende und hohe Gesamtheit war um untere Stände nur annehmbar mit denen anderer Berufe in Einsichtnahme von Selbstkosten usw.“

Der Verbandsvorstand gibt durch Aufruf zu erkennen, daß in diesem Unterricht keine Mittagszeitvotum gegen den Verbandsvorstand steht.

Alle anderen Anträge wurden abgelehnt, darunter ein Unterrichtsbeschluß: „Mittäglicher des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes haben die Würde, sofern dies einem Parlament annehmbar, gegen jede Tabaksteuer zu stimmen“ mit 74 gegen 89 Stimmen in namentlicher Abstimmung.

Es folgt die Verhandlung der am 4. September 1914 erledigten Anträge des Steueramt Rosenthal (Bremen): Auf der Sitzungsversammlung waren wir uns darüber einig, daß der Kammerherr der Verbände mehr in den Vorstand eingesetzt werden müsse und für Unterstüttungen nicht mehr als 1/2 ausgeben werden darf. Das erste halbe Jahr 1914 hat bewiesen, daß unsere Berechnung in Hinsicht richtig war. Mehrheit gibt eine anschauliche Darstellung der Haushaltssituation während des Krieges. Wir hatten 1918 pro Mittag 17.50 M. Mit unserer Beitragserhöhung sind wir nicht auf der Höhe. Durch die dann erfolgte Beitragserhöhung ist nicht die erwartete Wiederherstellung der Mittäglichen eingetreten, denn die verkauften Marken sind nur 1.00 M. mehr eingebracht als vorher. Durch Beitrags- und Nebentritte zu den niedrigeren Klassen erhält sich diese Tatsache. Hierdurch wurde jede Berechnung unverhinderbar. In Zukunft müssen die Mittäglichen den voneinander verschiedenen Beitragsklassen annehmen. Durch die große Zahl der wohltätigen Mittäglichen ist das Haushaltssituation unseres Verbandes schlechter geworden. Das ist kein Vorwurf sondern erklärt sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Auch für den Tabakarbeiter sind die Ausgaben gestiegen und werden erst recht bei einer Verarbeitungskette steigen. Für die Verwaltung der Zollstellen müssen wir erhebliche Aufwendungen machen, ebenso für die Staatsfinanzen. Bei der Belebung unserer Anteile müssen wir die Werte auf die Stelle im Auge behalten. Außerdem müssen die Unterstützungen erhöht werden, um sie den heutigen Verhältnissen anzubauen. Man sollte die Einführung nicht zu hoch leisten, da sie doch nichts einbringen und den Betrieb erschweren. Von einzelnen Zollstellen wird die Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung verlangt. Würde dem statthaftesten brechen wir mit unserer Organisation zusammen. Die Arbeitslosenunterstützung haben wir noch nicht, deshalb können wir die Arbeitslosenunterstützung im Verbande noch nicht abschaffen. Auch die Krankenunterstützung kann noch nicht abgeschafft werden. Wir müssen den neuem Verhältnissen Rechnung tragen, ebenso und Mittel für den Kampf schaffen. Mit der Umarbeitung machen wir am besten Erfolg da sie zu vielen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten führt und doch den Mittäglichen nicht viel hilft. Die Erhöhung der Streitunterstützung ist notwendig, weil bei den letzten Sätzen niemand auskommen kann. Aber auch hier müssen wir mit den Einnahmen rechnen. Eine solche Erhöhung der Beiträge würde auf die neuen Mittäglichen abstoßen und damit mehr Schwierigkeiten als bessern. Die Anträge des Vorstandes werden hier den richtigen Wege wählen.“

Mittwoch, 29. Oktober.

(Vormittagssitzung)

Es wird in die Debatte über die Statutenberatung eingetreten, nachdem zu den einzelnen Anträgen die Unterstützungsanträge gestellt wurden. Eine Anzahl Anträge wurden nicht genugend unterstützt. Die Statutenberatungskommission wird beauftragt, Anträge zur Gehaltsfrage und zur Lohnsätze auszuarbeiten.

Mosenthal (Berlin): In den Ausschreibungen Prohns war viel Demagogie. Noch vor einiger Zeit war der Vorstand und Ausschuss nicht in der Lage, höhere Beiträge als 10 S zu fordern. Die geforderte Beitragserhöhung ist nicht notwendig, da wir bei der heutigen Tatsituation nicht mit Streiks zu rechnen brauchen. Mit diesen kann man alles untersetzen, unter Umständen auch das Gehenteil. Sehen Sie die Beiträge so fest, daß auch die armen Mitglieder sie bezahlen können.

Domeyer (Dresden): Eine wesentliche Beitragserhöhung ist notwendig, um die Unterstützungen den heutigen Verhältnissen anzupassen. Den neuen Mittäglichen muss zum Beispiel gebracht werden, daß die Hauptrolle die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse ist. Trotz Arbeitsgemeinschaft werden wir auf den Streik nicht verzichten. Die Erhöhung der Verwaltungskosten bedingt auch eine entsprechende Beitragserhöhung. Nach kurzer Zeit werden die vielen neuen Mittäglichen unterstützungsberechtigt sein, ebenso muß eine größere Arbeitslosenkasse in Rechnung gestellt werden. Deshalb ist eine Beitragserhöhung nicht zu umgehen.

Sirukken (Lampertheim): Heute ist eine Beitragserhöhung leichter durchführbar als früher. Die erhöhten Ausgaben erfordern höhere Beitragserstellungen, als vom Vorstand beantragt worden sind. Wir müssen mehr Beamte anstellen, sonst kommen wir nicht vorwärts. Wir werden mit guten Kosteneinsparungen auch bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern Eindruck machen.

Münch (Frankfurt a. M.): Ich stimmte die Anträge seines Rathauses. Vor allen Dingen ist eine wesentliche Erhöhung der Streitunterstützung notwendig, hierzu reichen aber die vom Vorstand geforderten Beitragserhöhung nicht aus.

Selbyen (Hamburg): Nebenroll ist das Bestreben vorhanden, den Verband in einer schlafenden Kommission auszubauen. Solange nicht die nötigen Mittel hierfür bewilligt werden, ist das Wort Kammerherr nur ein hohes Schlagwort. Es muß mit mehr Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Mittäglichen den vorgelebtenen Beitragssystemen angehören. Der Mut der Kollegenschaft ist nicht überzeugend so, wie notwendig. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Rosenthal, das Ratselsystem betr.

Bühl (Darmstadt): Durch die Arbeitsgemeinschaft sind Streiks nicht auszuschließen, sie werden ggf. umfangreich annehmen als schädlich. Deshalb muß eine wesentliche Erhöhung der Beiträge eintreten. Empfehlenswert ist die Schaffung einer viersten Beitragssklasse für die besser verdienenden Mitglieder.

Bergkholz (Leipzig) meint darauf hin, daß durch einen guten Zusammenschluß des Betriebsklassensystems viel geschehen werden kann. Durch die Arbeitsgemeinschaft werden wir zur Machbarkeit verdammt. Die Streitunterstützung muß so hoch wie möglich gestaltet werden, um auch Streiken zu können. Eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist abzulehnen. Statutenänderungen müssen, um den Willen der Mitglieder zur Verarbeitung zu bringen, durch Wahl erledigt werden. Den Gehringen und Jugendlichen müssen wir bei diesem Punkt unsere ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wohlmann (Trebbin) empfiehlt den Antrag Rosenthal in der Ratsfrage. Eine Erhöhung der Krankenunterstützung ist abzulehnen, dafür aber eine wesentliche Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung anzustreben. Die Nutzungsunterstützung schädigt mehr als sie nutzt. Für die Jugendlichen ist eine besondere Beitragssklasse zu schaffen.

Gauenhards (Freiberg): Die Freiburger stimmen den Vorschlägen des Vorstandes auf Beitragserhöhung zu, doch möchten sie auch eine Erhöhung der Unterstützung, da die Unterstützung aus ökonomischen Gründen nur gering sind.

Domesch (Dresden): Ungeachtet der vielen weiblichen Mitglieder ist es nötig, auch eine Kollegin in den Vorstand zu bringen. Weiblich als drei Beitragssklassen dürfen wir nicht beschließen, aber die Mitglieder müssen auch genügend ihres Verdienstes den Klassen angehören. In Bezug auf den den Zollstellen zu überlassenden Vermögensgegenständen muß es eingerichtet werden, daß die Zahl der Angestellten, die eine Dienstverwaltung hat, berücksichtigt wird. Auch die Zahl der Dienstverwaltungsmittel muß erhöht werden können; Dresden kann mit 6 nicht mehr aus. Unter den schnellbeweglichen Verhältnissen muß höchstens alle zwei Jahre ein Verbandstag stattfinden, zumal mit Rücksicht auf unsere Wohnungsfeststellung. Die Wahlzeit ist unpraktisch und muß mit Rücksicht auf unsere weiblichen Mitglieder auf die Zeit von 2-6 Uhr festgesetzt werden.

Platzmeier (Düsseldorf): Die Düsseldorfer Gaulandseren hat sich mit den Vorstandsanträgen einverstanden erklärt und wünscht eine Erhöhung der Kinderunterstützung.

Wimbold (Berlin): Wenn die Unterstützungen abgebaut werden, reichen die von Berlin vorgeschlagenen Beiträge aus, um die Streitunterstützung zu erhöhen. Die Berliner Mitglieder sind in Gegensatz zu vielen anderen Zollstellen meistens in der höchsten Beitragssklasse. Branchenkonferenzen sind unter allen Umständen notwendig. Wahlen sollten in der Woche und nicht am Sonntag vorgenommen werden.

Schulze (Mordhausen) empfiehlt die weitgehendsten Anträge in der Beitragserhöhung. Der Abbau der Erwerbslosenunterstützung ist notwendig, um den Raumsonden zu stärken. Den Unternehmern ist die Arbeitsgemeinschaft sehr willkommen. Das sollte uns zu denken geben. Erfolgreicher werden wir unter dem Ratselsystem weiter.

Ein Schlusshinweis wird abgelehnt.

Köberlein (Würzburg): Eine Erhöhung der Beiträge empfiehlt sich, um auf die Unternehmer einzutreten und um mehr Agitationssatzungen anzustellen. Die unterschiedliche Beitragserhöhung erklärt sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei der Streitunterstützung muß die Konkurrenz verschwinden. Die Betriebsräte können erfolgreich wirken.

Kratowitsch (Ochsenfurt): In den Gegenenden und Branchen mit den niedrigen Löhnern darf die Beitragserhöhung nicht allzu hoch sein, wohl aber für die gehobenen Berufe. Die Arbeitslosenunterstützung muss vom Reich getragen werden. Streitunterstützung und Sozialbelträge müssen erhöht werden. Gegen eine Erhöhung der Beiträge der Mittäglichen, die einen Delegierten wählen können, müssen wir uns im Interesse der kleinen Zollstellen wenden.

Steier (Wiesbaden): Die erhöhten Ausgaben, die uns bedrohen, erfordern auch eine erhöhte Beitragserhöhung. Durch eine Vermehrung der Beamten werden wir unsere Organisation fördern und stärken.

Matthes (Hildesheim): Nicht die Interessen einer einzelnen Zollstelle, sondern die der gesamten Tabakarbeiterlichkeit müssen für unsere Verbündeten imponieren. Es gibt Kreise, die anstreben aufzuhören, auf die Uneinigkeit hinzuwirken. Unsere Mitglieder sind leider nicht alle geschulte Gewerkschafter, deshalb dürfen wir durch unsere Unterstützungsrichtungen keinen Strich ziehen. Hätten wir den Arbeiterausschüssen eine gesetzliche Grundlage gegeben, würden sie dieselben Funktionen ausüben können wie die Betriebsräte.

Hofnung (Vorstandsmittel): Konstatiert, daß über die Beitragserhöhung Einigkeit herrsche, mit einer Ausnahme. Neben der anstehenden Anträge war der Vorstand bestimmt in Rothenburg, weil die Verhältnisse nicht voraussehbar waren. Nachdem man darüber konnte, war jeder Zweifel verschwunden. Wenn wir die Streitunterstützung zu hoch legen, werden wir sie nicht durchführen können. Es steht den Zollstellen mit gut verdienenden Mitgliedern frei, die Sozialbelträge zu erhöhen und Rücksicht auf Streitunterstützung zu leisten. Bei der Vorstandsanträge durchgerechnet, wird finden, daß wir tatsächlich mit den Unterstützungen abkommen. Wenn wir die Arbeitslosen vom Beitrag befreien, die Staatsunterstützung erhalten, begehen wir eine Unrechtsgeschäft gegen sie. Beziehern von Verbandsunterstützung, für die neueintretenden Mitglieder muß das Statut maßgebend sein.

Kubelitsch (Baden-Baden): Meine Rathausleiter empfiehlt die Annahme der Vorstandsvorlage. Würden einzelne Teile herausgerissen, bricht der ganze Bau zusammen. Für die Arbeitslosen müssen wir geringere Beiträge festsetzen. Mindestauschüsse müssen wir bei unseren Unterstützungen in Rechnung stellen. Die größeren Baue müssen geteilt werden.

Punkt 4 wird inzwischen erledigt.

Detzmann (Bremen): Der internationale Tabakarbeiterkongress in Bremen befürwortete mich als internationaler Sekretär, ein Programm über das Zusammenwirken auszuarbeiten. Das habe ich getan und eine internationale Konferenz in Bremen bestätigte zum größten Teil mein Programm. Redner verließ das Programm. Verschlossen wurde auch ein internationales Organ zu schaffen; auch das ist geschehen und sind bisher 4 Nummern erschienen. Über die Ausarbeitung der internationalen Unterstüttung sollte jedes Land selbst entscheiden. Es ist eingegriffen worden bei Lohnvereinigungen in Holland, Norwegen und Serbien. Angeschlossen haben sich dann Österreich, die Schweiz, Serbien und Norwegen. Redner gibt eine Übersicht über die Zahl der angeschlossenen Mitglieder bis zum Krieg. Der Krieg hat das Ausblühen der Internationale verhindert. Trotz des durchgehenden Weltmarktes wird der Aufbau möglich sein und die Verbindung straffer zu gestalten. Unmögliches darf freilich nicht unter Ziel sein, aber auch in der Ausweitung des Reises muß es vorwärts gehen. Redner gibt eine Übersicht über die Gestaltung der Kostenverhältnisse und der an die einzelnen Nationen geleisteten Kampfschäden. Unsere Auflage soll es nun sein, auf dem am 10. November in Amsterdam abzuhandelnden Kongress die Internationale zu festigen. Was der Sitz anbetrifft, so war ich immer der Meinung, daß der Sitz nach Holland zu legen sei, er ist und freilich damals übertragen worden, aber wie die Dinge heute liegen, ist gegen eine Verlegung nach Holland oder Dänemark nichts einzuwenden. Wir müßten es als Unstimmlichkeit freilich auflassen, wenn jetzt der Sitz nach Belgien verlegt werden würde, zumal Belgien, als der Sitz noch dort war, nicht die Garantie für eine mittlere Ausgestaltung unserer Internationale bot. Ich bitte, daß ich als Sekretär hin muk, noch einen weiteren Kollegen zu wählen.

Möller (Dänemark): Wir sind mit Detzmann einverstanden. Ich vertrete den Standpunkt, daß es das Beste ist, den Sitz nach Holland zu verlegen.

Neben Rosenthal Detzmann wird noch Kollege Prohns zum internationalen Kongress delegiert.

Bergkholz (Leipzig): Wir wollen unserer Internationalität nicht nur durch Worte, sondern durch die Tat dienen.

(Die Verhandlungen werden fortgesetzt.)

Bekanntmachung Nr. 1008 betreffend den Verkehr mit Tabakabfällen u. Grus.

Die bisherigen Bekanntmachungen betreffend Tabakabfälle und Grus werden aufgehoben. An ihre Stelle treten nachfolgende Bestimmungen:

1. Tabakabfälle und Grus von Herstellern.

- Der Verkauf von Tabakabfällen und Grus, die bei Herstellern von Tabakfabrikaten abfallen, wird freigegeben.
- Für Tabakabfälle und Grus werden als Höchstpreise festgesetzt: Getrocknete Tabakabfälle, die bei Herstellern abfallen, standfest und frei von jedem Unrat sind und als Rückstände in den Sieben folgender Maschenweite zurückließen.

(Musterliste sind bei der Detzmann in Mannheim vorhanden):

8 mm Maschenweite bis zu	M. 600.— für 50 kg
4 " :	500.— " 50 "
2½ " :	400.— " 50 "
1½ " :	300.— " 50 "
Sandreines Tabakmehl bis zu	200.— " 50 "
Tabaksand und Tabakasche bis zu	150.— " 50 "

Sämtliche Preise verstehen sich versteuert oder verzollt.

- Für Zigarettenabfälle werden als Höchstpreise festgesetzt:
 - Orientalische Tabakabfälle größter Art mit feingeschnittenen sogenannten Zigarettenabfällen in Längen von etwa 8-15 mm gereinigt und frei von Mehl bis zu M. 1600.— zugleich M. 60.— Zollzuschlag für 60 kg
 - Orientalisches Tabakmehl bis zu M. 800.— zugleich M. 65.— Zollzuschlag für 60 kg
 - Orientalischer Tabakstaub bis zu M. 100.— zugleich M. 120.— Zollzuschlag für 60 kg
 - Virginia und gleichartige Lippenmehle bis zu M. 150.— zugleich M. 22.— Zollzuschlag für 60 kg
- Unreine Tabakabfälle jeder Art, Tabakabfälle, die Erfassstoffe enthalten, Tabak enthaltender Sand, der aus Herstellerbetrieben oder Tabakmagazinen stammt, werden wie Tabakstaub bewertet.

2. Tabakabfälle und Grus vom Bergdörfer.

- Der Verkauf von Magazinabfällen (lose Blätter) und Spulen ist nur durch Bergdörfer an Hersteller und Kleinmechanikerläufer gestattig. Der Verkauf an Händler zum Weiterverkauf ist verboten.
- Magazinabfälle, bestehend aus losen Blättern, Halbstück, Spulen, dürfen nur in reinem, verlesenen Zustand an Hersteller auf deren Blatt-Tabakkontingen verkaufen werden.
- Magazinabfälle, bestehend aus Lippenabfällen, Storzeln, Knippeln, dürfen nur an Rauchtabak- und Schnupftabakhersteller auf deren Lippenkontingen verkaufen werden.
- Magazinabfälle, bestehend aus Grus, Staub, Sand zu ungereinigtem Zustand, dürfen unter Kontingen zum entsprechenden Preis verkaufen werden. Bei jedem Kaufabschluß sind der Detzmann Mannheim 8 Bezugsschein, Rechnung in doppelter Ausfertigung und ein getreues Ausfaltmuster zur Genehmigung einzufügen. Mannheim, den 18. Oktober 1919.

Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 Abteilung Süland m. d. H., Mannheim.

Zur Lohnfrage.

In einer Mitgliederversammlung des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten, die am 21. Oktober 1919 in Mannheim abgehalten wurde, beschäftigte man sich mit der Lohnfrage. Darüber wird nun in der „Südb. Tabakzeitung“ folgendes berichtet:

Zu diesen einzelnen Gegenständen hatten die Vertreter der Arbeiter bereits in Eisenach fertig ausgearbeitete Forderungen aufgestellt. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten sich aber außerstande, sich zu diesen Anträgen zu äußern, bevor sie Gelegenheit gehabt hätten, die Anträge in ihren Organisationen zu stellen. Ingolstadt hat sich der Vorstand und Ausschuss des V. G. T. mit der Materie eingehend beschäftigt; hierüber berichtete der Vorsteher. Im Anschluß an diesen Bericht fand eine lebhafte Diskussion in der Versammlung statt, deren Ergebnis den an der beidermäßigen Delegierten des Verbandes als Richtlinie dienen soll. Da die Ausarbeitung eines brauchbaren Lohnntarsifs nun längere Zeit erfordert, so haben die Vertreter der Arbeiter einen Antrag, sah einen weiteren Lohnzuschlag von 100 v. H. der Friedenslöhne mit Gültigkeit vom 1. Oktober d. J. an zu gewähren. Die Versammlung erkannte in Anbetracht der seit der letzten Lohnzuschlags wiederum gestiegenen Kosten der Lebenshaltung die Fortsetzung einer weiteren Lohnzuschlags einmütig als grundsätzlich berechtigt an. Die hierzu vom Vorstandsenden unterbreiteten Einzelvorschläge wurden von der Versammlung als Grundlage für die auch über diese Frage in Hannover stattfindenden Verhandlungen einstimmig angenommen. Bis der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß in einigen Fabriken bereits von den Arbeiterausschüssen neue Lohnforderungen gestellt seien. Da über derartige Fragen unter gemeinsamer Zustimmung aller Beteiligten nur die beiderseitigen Organisationen verhandeln und entscheiden sollen, können die einzelnen auftretenden Forderungen nicht zur Verhandlung gestellt werden; vielmehr sind in jedem Falle die in Hannover zu treffenden Vereinbarungen abzuwarten.

Wann trifft die neue Tabaksteuer in Kraft?

Die Vereinigten Tabak-Zeitungen schreiben über das Inkrafttreten der neuen Tabaksteuer:

„Die Gerüchte über das Inkrafttreten der neuen Tabaksteuer wollen nicht zum Schweigen kommen. Demgegenüber erklären wir auf Grund unserer genauen Informationen an zuständiger Stelle, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Tabaksteuer vor Ende November bzw. Anfang Dezember nicht gerechnet werden kann. Die Vorbereitungen sind viel zu umfangreich. Man muß berücksichtigen, daß 360 Steuerabzeichen in Betracht kommen. Vorläufig liegen hierzu die Entwürfe erst vor und werden in einer gegen Ende dieses Monats mit den Vertretern des Tabakerverbes stattfindenden Besprechung einer Prüfung unterzogen. Erst nach erfolgter Einigung über die Vorschläge kann dann an die technische Ausführung gedacht werden. Bei der heutigen Langsamkeit der Betriebe kann unmöglich vorher gesagt werden, wann die Steuerabzeichen dem

arbeiterorganisationen sind, und zwar vom Tage ihres Eintritts.

Der Schließspruch entspricht durchaus dem Empfinden der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft, die doch nun die Mehrheit aller gewerblichen Arbeiter und Angestellten ausmacht. Die Unorganisierten werden sich künftig abgrenzen müssen, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Aus Leipzig.

Am 18. Oktober fand in Leipzig eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom letzten Quartal; 2. Bericht von der Gauleiterkonferenz; 3. Der Reichstagswahl; 4. Verschiedenes. Rößner Dr. v. d. A. gibt die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt, worauf ihm Entlastung erteilt wird. Dünkel 2 brachte ein Telegramm des Kollegen Rößner Dr. v. d. A. über die Dresdener Konferenz. Er betonte, daß er den Stand der Konferenz entschärfe, weil dieselbe es am Objektivität hat lassen lassen. Bejondes sollen es die oppositionellen Leiterkollegen sein, die das arke Maul hätten, aber in der Initiative durchschlagend wären. Zu dieser Stunde schaltete Rößner Dr. v. d. A. begeisterte Vertreter dieser falschen Ansicht zu sein. Ein kleinen Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß er mit dieser Verkörperung nicht seinen Wunsch wüßt meinen kann und in ihm die Verkörperung der Politiken Kollaborations steht. Letztere jedoch läßt sich mit diesem Kollegen nicht identifizieren. Auch unter den Fabrikarbeitern sei ein Anwachsen der Opposition zu verzeichnen, was sich besonders unter den weiblichen Mitgliedern in Dresden bemerkbar mache. Als Wahlorganisation habe der Verbund völlig verloren und es ist sehr bedauerlich, daß die Tagesordnung des Verbundstages die Steuerstrafe und das Kästchensystem, als die wichtigsten Punkte unbedacht läßt. Auf den früheren Verhandlungen bildete gerade die Fabrikarbeiter immer das wichtigste Thema. Darum sei die Politik in unserer Verbände unattraktiv und zwar schon deshalb, weil dieselbe durch die Steuerstrafe von selbst hineintrafen wird. Aus diesem Grunde müssen klare Richtlinien zur Politik geschaffen werden. Da nun gerade diese beiden Punkte bedeutungslos für den Verbundtag gemacht werden sollen, muß Estellung zum Vorstand eingenommen werden. Dann der Verbund soll nicht da sein der Führer, sondern der Massen waren Redner wendet sich nun zur Vorsitzlichkeit! Und so waren jede Arbeitsergebnis. Demnachüber fordert er das gleichzeitige zum Wiederaufbau. Dem Vorsitzenden Deichmann sei ein Wirtschaftssystem anzustellen und die Forderung zu erheben, daß er seinen Posten als Vorsitzender niedergelegen habe. Er ist gegenwärtig das Amt als "Oberbürgermeister" von Bremen aus und ist infolgedessen außerstande, die Interessen der Fabrikarbeiter noch weiter wahrmehren zu können, denn niemand kann zwei Herren dienen. Diesen Standpunkt nahm auch der Gauleiter Rößner Dr. v. d. A. ein, denn da der Vorsitzende Deichmann früher denselben Standpunkt eingenommen habe, müßte er auch jetzt die Konsequenzen ziehen. Rößner Dr. v. d. A. betonte ferner, daß er für den Vatikan das sich die Beamten jedes Rechts zur Wahl zu stellen haben, einzutreten werde; dann nur auf diesem Grunde ist die Gewalt abzutreten, daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Beamten bisher zufrieden waren. Redner wendet sich schließlich an unsern Verbandsgruppen und bemerkte, daß doch bisher recht wenig für die Schulung der Mitglieder getan worden sei. Es hätte nur immer der Vatermann sein Schul. Soll das etwa als Schuld der Mitglieder angesehen werden, wenn im "Fabrik-Arbeiter" die Nationalversammlung berichtet hat den ganzen Raum der Zeitung einzunehmen? Überhaupt man vielleicht, daß man durch den rücksichtslos belämmerten Artikel "Das arke Maul", welcher sogar als Leitartikel der Mitglieder prahlte, zur Schulung auf die Mitglieder einschlägig komme? Es ist verständlicherlich, daß ein bestürztes Schriftstück überhaupt die Reaktionstrübe vollstreckt und nicht den Vaterländisch schmückt. Es kann einer denken, wie er will, solche Artikel müssen unbedingt verneinzt werden. Also mit kurzen Worten: "Unser Verbandsgruppen hat voll versagt." Zum Schluß seiner Ausführungen verabschiedete der Gauleiter Rößner Dr. v. d. A. seine Befreiung, daß er freis bestrebt sein wird einen frischen Geist in den Verbund hineinzubringen und bei Arbeitsergebnissen bestehender in der Fortentwicklung des Sozialismus dienen wird. Sobald nach zum 3. Punkt der Gauleiter Rößner Dr. v. d. A. den Bericht von dem über ganz Deutschland beworbenen Montell-Partei. Er verlor die Aussicht auf die Löhne, wonach jedoch den Bevölkerungen und Orten mit höheren Lebensanforderungen die Lohnsteuer erhöht werden soll, was insbesondere für Sachsen mit seinen Großstädten in Frage steht. Bis zum Abschluß dieses Artikels soll eine weitere Steuerzusage von 100 Prozent eintreten, so daß statt 20 Prozent an den Grundlohn 250 Prozent an berechnet sind und am Ende vielleicht bis zum 1. Oktober. Die Arbeitszeit und soziale Zustimmung bleiben bis auf weiteres in Kraft. Die Kriegerfrage findet ihre Realisierung jedoch nach keinen Geschäftsunstümmer, die Krieger aufzuheben. Den Kriegerstreichern ist die Zeit der Abschaffung im Gesetzestext zu entzünden an befohlen. Setzen der Landesregierung die Kriegsabteilung der Heeresarbeiter. Gewährung von Zuschüssen auch für die weiblichen Arbeiter, sowie vom Fabrikanten herstellende Schuhfabriken zum billigen Verkauf für die Arbeiter. An der Heimarbeitstecke sollen fünfzig neue Einrichtungen von Heimarbeitern unterbleiben. Desgleichen ist auch die Lehranstalt einer ordentlichen Rechnung unterworfen. In diesem Bericht des Gauleiters stand eine reine Pflichtklausur. Sämtliche Redner vertraten den Standpunkt, daß der Stand der Mindestarbeitszeit zu niedrig bemessen sei und ein Antrag in diesem Sinne wurde eindringlich angenommen. Der Gauleiter betonte nochmals, daß doch die Fabrikarbeiter an diesem Tarif ihre Vorzüglichkeit machen sollen, um sie als Material bei der Verhandlung verwenden zu können. Auch sollte er nochmals fest, daß den Bevölkerungen und Orten die Lohnzzeit nicht und das handfestlich der Wert des Tarifs wäre, daß die Bevölkerungen mit billigen Löhnen mitzutun würden. Am Ende seines

Berichts führte der Gauleiter noch an, daß er bald die Neuordnung der Verhandlungen noch mit den Fabrikanten im Verbindungsseminar werde. Am Schlusse der Versammlung konnte der Kollege Schröder noch mitteilen, daß die Mitgliedschaft 500 erreicht hat und die Ausricht bestrebt, daß bald die Zahl in nächster Zeit noch beträchtlich erhöht wird.

Nikolaus Schriftsteller.

Verbandsteil.

folgende Werte sind bei mir eingetragen:

14. Oktober: Mainz 80.—, Höhe 106,77.—, 15. Witten 100.—, München 1000.—, Grafschaften 420.—, 16. Börrstadt 400.—, Düsseldorf 150.—, Dorey 48.—, 17. Bürklen 250.—, Düsseldorf 100.—, Weilheim 177,80.—, 18. Erkelenz 98,89.—, Dingen 100.—, Nordenhausen 150.—, Südburg 518,28.—, Gassel 820.—, 20. Darmstadt 248,29.—, Gütersloh 500.—, Remscheid 100.—, Arolsen 100.—, Rüthen 200.—, Odenkirchen 117,79.—, Siegen 300.—, 21. Wetzlar 100.—, Reichshof 184,78.—, Kreischa 150.—, 22. Trier 100.—, Dettin 400.—, 23. Schlesien 400.—, 24. Lüdenscheid 200.—, 25. Witten 200.—, Bremen, den 27. November 1919. M. Weber-Berndt.

Adressen-Aenderungen.

Ballendorf a. Rhein (M): 2. Rev. Johann Rößner Dr. v. d. A. Bautzen (Sachsen) (9): 2. Rev. Max Stellmacher, Berndorf, 1. Bart. Bautzen, Volk Böddingshausen, Kr. Borsdorf (4): 1. Rev. Heinrich Niemeyer, Bautzen 47. 2. Rev. Heinrich Siekmann, Bautzen Nr. 45. Hamburg-Ulma (1): 1. Rev. Ludwig Schlesier, Dödendorfallee 1. 2. Rev. Joh. Stahl. Spremberg (Brandenburg) (11): 1. Rev. Reinhold Käble, Spremberg-Slamen, Langstr. 28. Bautzen (Sachsen) (10): 1. Rev. Paul Röntgen, Bautzen, Kr. Ohlau, Brüderstraße. Grimma (Sachsen) (9): 1. Rev. Otto Seeler, Peterstorstraße 48. 2. Rev. Paul Schärdt, Burgberg Nr. 38. Oberhausen (Westfalen) (4): 2. Rev. Friedrich Gangmann, Grenzstraße 27. Schötmar (5): 1. Rev. Ernst Neubauer, Erbengasse 6. Dahme (11): 1. Rev. Rudolf Richter, Jülicherstraße 26.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

50 Zigarrenarbeiter nach Köln-Nippes, Lohn 47 bis 92,50 M. pro Mille. Einzelreisekosten (ist polizeilich zu beglaubigen), sowie Bild und Aufenthaltsberechtigung sind erforderlich und an unsrer Verhandlungsgesellschaft Johann Barthel in Köln-Dellbrück. Deutcher Freiheit 96, einzutragen, dort wird auch Auskunft erteilt.

2-3 Zigarrenarbeiter nach Altenbruch 2. Lohngasse, Lohn 48 M. pro Mille, Post und Logis, pro Tag 6 M. ist vorhanden. Nachzufragen beim Arbeitsnachweis: J. H. Straße, Altenbruch, Langstr. 68.

50 Zigarrenarbeiter resp. Arbeiterinnen und Widelmacherinnen, sowie einige Sortierer nach Worms a. Rh. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis: Franz Schnell, Frankfurt a. M. West 13, Steinmeistr. 6a.

8-10 Zigarrenarbeiter und 8-10 Widelmacher können in Braunschweig und Wollensbüttel Arbeit erhalten. Mindestlohn pro Mille 50 M. Nachzufragen beim Arbeitsnachweis: Ober-Postamt, Hannover-Linden, Gummiestr. 28, I.

Adressen der Gauleiter:
Gau Hamburg: Gottlieb Döring, Ulma, Langenfelder Straße 43.
Gau Nordhessen: Herm. Schmid, Nordhausen, Moltekestr. 18 I.
Gau Hessen: Wilhelm Schäfer, Darmstadt, Wallstraße 49.
Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M. West 13, Steinmeistr. 6a.
Gau Hessenberg: Ludwig Klein, Hessenberg, Berndheimer Straße 82, II.
Gau Offenbach: Georg Döring, Offenbach, Neugasse 18 II.
Gau Berlin: Dom. Wielen, Erfurt, Bülowstr. 2 II.
Gau Dresden: Rich. Gerloff, Schützenplatz 20 III, Tel. 27020.
Gau Berlin: Max Clement, Dresden XIII, Vorwerkstr. 26 III.
Gau Berlin: Georg Kühler, Berlin SO 36, Wiener Str. 57 a.

Achtung!

Unser Verbandsbüro befindet sich jetzt
Bremen, Altentwall 14.

Alle Sendungen sind entsprechend
zu adressieren.

Der Vorstand.

Gestorben:

Zum 15. September starb zu Dresden die Pasteurin Emilie Keller aus Oberengersdorf, 53 Jahre alt.

Zum 30. September starb zu Dresden die Tabaksortiererin Clara Ronzen aus Dresden, 36 Jahre alt.

Zum 30. September starb zu Lübeck Kurt Melzer, 37 Jahre alt.

Zum 12. Oktober starb zu Schönbürg die Zigarrenarbeiterin Luise Moser aus Schönbürg, 23 Jahre alt.

Zum 18. Oktober starb zu Klein-Kroenberg Magdalene Appel, 51 Jahre alt.

Zum 19. Oktober starb zu Berden die Widelmacherin Magdalene Gründler, 44 Jahre alt.

Zum 19. Oktober starb zu Berden die Widelmacherin Friederike Häßl, geb. Runge, aus Berden, 67 Jahre alt.

Zum 19. Oktober starb zu Emmerich Johann Möllmann aus Emmerich, 61 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Kleinmengenkäufer!

Rippen sind nicht mehr abzuholen!!!
Röder schreibt sich eine Tabakschneidemaschine an. L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstr. 24. Deutschlands größtes Widelmacherlager. Man verlange Prospekt über Tabakschneidemaschinen. Tabakschneidemaschinen vom Markt 68,75 M. in jeder Preislage vorrätig.



Ortsbeamter gesucht!

Die Zahlstelle Mannheim sucht zum sofortigen Antritt einen

Ortsbeamten

Werber, welche Mitglied unseres Verbandes, sowie in allen Fragen der Arbeiterbewegung bewandert sein müssen, wollen ihre Bewerbungen, versehen mit einem Aussag über die Tätigkeit eines Ortsbeamten, und der Aufschrift Werbung bis längstens 10. November 1919 in unser Büro, H. 6. 5., in Mannheim einreichen. J. A. Jos. Schmitt, 1. Rev.

RAUCHTABAK

garantiert rein überseelisch, trocken, in Beutel à circa 80 g zu 4,25 M. pro Beutel laufend lieferbar. Probefüllung nicht unter einem Postkoffer (höchst 70 Beutel).

KAUTABAK

garantiert rein mit Friedensbeize, unbedingt schwammfrei und genügsam, kein gesponnen, 8 Draht, 100 Rollen zu 4,75.— Probefüllung nicht unter 100 Stück. Lieferungen nur gegen Post-Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

ANTIWÄWERK KAISERSLAUTERN

Postfach 10 a.

Zigarren-Großhandlung

kaufst laufend größere Posten

Zigarren

in der Preislage von M. 400.— bis 800.— pro Mille, garantiert keine Ware.

Suche mit Fabrikanten in Verbindung zu treten, welche größere und kleinere Posten liefern können. Zusendung von 1 Probemille per Gilbton als Postwert-Nachnahme gut verpackt an meine Adresse unter Angabe der greifbaren Menge.

Alfred Kühle,
Stettin, Gr. Lastadie 61.

Zigarren, Zigaretten,

■ Rautatabak ■

kauft, auch kleine Postchen

Ziehn, Eisenach,

■ Tannenbergerstraße 3 ■

Unser Kolleg

Friedrich Günzowsky
zu seinem 30jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder
der Zahlstelle Cottbus.

Zigarren

in allen Preislagen
aus reinen Tabaken, kaufen
laufend größere Posten. Bemerkte
Angebote gegen Berechnung an.

Zu kaufen gesucht

Zigarren

eventuell auch lose. Offeren zu
richten an

Jon Levie, Hamburg,

Großh. 2.

Briefkasten.

Cottbus ... 70 4

Einrichtungsgegenstände für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken

Moderne Muster in praktischer Ausführung

Verlangen Sie meine Preislisten

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstrasse 22

